



# Für die Heimat

## Artur Auernhammer



Mehr unter [f](#) [globe](#) 01/2021  
[artur-auernhammer.de](http://artur-auernhammer.de)



### „Rooting for tomorrow“ – Internationale Grüne Woche ganz anders

Am 14. Januar 2021 hätte in Berlin die Internationale Grüne Woche begonnen. Doch aufgrund der Covid-19-Pandemie fand das führende Branchentreffen der Ernährung und Landwirtschaft sowie des Gartenbaus digital statt.

„Die Grüne Woche bleibt trotz des digitalen Formats weiterhin das wichtigste Branchenereignis. Unter dem Motto ‚Rooting for tomorrow‘ wurden zum Jahresauftakt alle wichtigen Themen behandelt: klimafreundliche Ernährung, Digitalisierung der Landtechnik, Tierwohl, ländlicher Raum und vieles mehr. Es wurde ein vielseitiges Programm angeboten“, freut sich Artur Auernhammer, agrarpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag.

Die diesjährige Grüne Woche fand aufgrund der Corona-Pandemie verkürzt an zwei Tagen statt. Am 20. und 21. Januar 2021 konnte man zahlreiche Dokumentationen, Talkrunden und Interviews auf der Website der Grünen Woche verfolgen. Artur Auernhammer MdB nahm als Diskussions Teilnehmer beim JunglandwirtInnen-Kongress ebenfalls an einer der digitalen Veranstaltungen teil. Thema der Diskussion war die CO2-Bilanz als Maßstab der Zukunft in der Landwirtschaft.



**Markt Weidenbach erhält  
Bundesförderung aus der  
nationalen Demenzstrategie**

Bericht auf Seite 4

**Agroforstwirtschaft  
– Revolution oder  
Altbewährtes?**

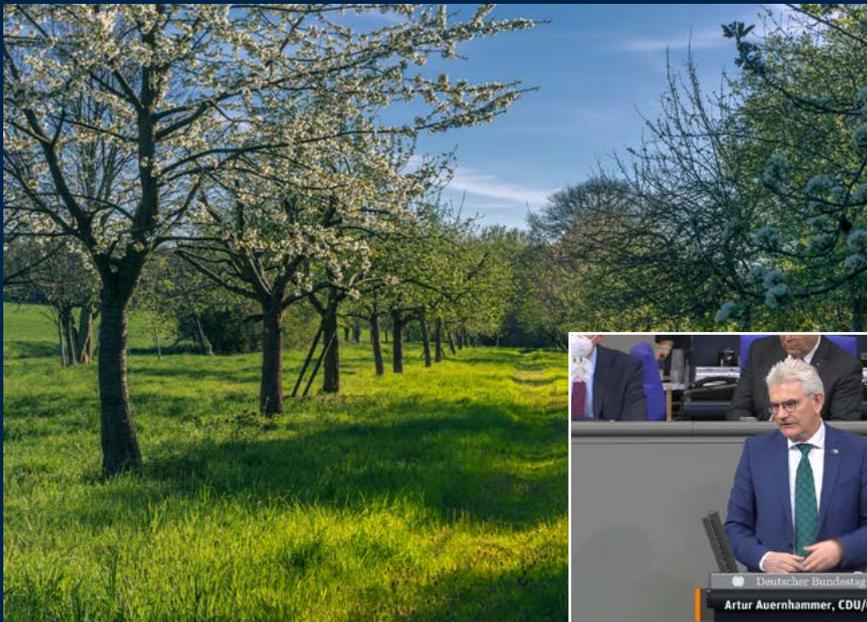


Bericht auf Seite 2

**Internationale  
Grüne Woche Digital  
20. - 21.01.2021**



Interessierte  
Bürgerinnen  
und Bürger  
konnten mit  
Branchenvertretern,  
den Bäuerinnen  
und Bauern  
und Politikern in  
Kontakt treten.



## Artur Auernhammer über die Vorteile der Agroforstwirtschaft

In seiner Rede im Deutschen Bundestag hat Artur Auernhammer MdB über die vielen Vorteile von Agroforstwirtschaft gesprochen: „Die Verbindung von Forst- und Landwirtschaft ist ein großer und wichtiger Lösungsansatz zur Bekämpfung der Erderwärmung und des Klimawandels. Das Konzept ist nichts Neues, sondern schon seit Jahrhunderten gibt es Streuobstwiesen, Hutewälder und Hecken in den Feldrainen. Solche Agroforstsysteme sind ein gutes Beispiel, wie man biologische Vielfalt auch in der Fläche leben kann. Es ist ein Beitrag zur Kulturlandschaft, und es hat auch hervorragende Auswirkungen auf die Biodiversität, was das Wild, was die Hasen- und Rebhuhnpopulation anbelangt.“ Der gemeinsame Antrag von CDU/CSU und SPD sieht auch die Möglichkeiten der Förderung dieser Agroforstsysteme im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik in der ersten und zweiten Säule. „Deutschland muss dafür Agroforstsysteme als förderfähige landwirtschaftliche Nutzung anerkennen, eine klare und kontrollfähige Definition vorlegen und Rechtsicherheit für Bäuerinnen und Bauern schaffen“, führte Artur Auernhammer in seiner Rede weiter aus.

## Agroforstwirtschaft – Revolution oder Altbewährtes?

Am 13. Januar 2021 wurden im Deutschen Bundestag mehrere Anträge zum Thema Agroforstwirtschaft beraten. Unter anderem haben CDU/CSU und SPD einen Antrag vorgelegt, der die Förderung von Agroforstwirtschaft in Deutschland vorsieht. Agroforstwirtschaft ist eine Bewirtschaftungsmethode, bei der Forstwirtschaft, Landwirtschaft und/oder Viehhaltung auf einer Fläche kombiniert werden. Was in den Tropen fester Bestandteil der Landnutzung ist, geriet bei uns in Vergessenheit.

Zum gesamten Antrag -  
hier folgen!



## Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz

Am 11. Januar 2021 hat sich die von den Spitzen der Koalition eingesetzte Arbeitsgruppe von Union und SPD auf eine Regelung zur ausdrücklichen Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz verständigt. Auf diese Weise wird nicht nur ein mehr seit 30 Jahren währender Streit über die Sichtbarmachung dieser Rechte beigelegt, sondern auch die Vorgabe des Koalitionsvertrags aus dem Jahr 2018 wie auch aus dem gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU aus dem Jahr 2017 umgesetzt, OHNE dass Elternrechte eingeschränkt werden.

Der Mittelpunkt aller Überlegungen war von Anfang an die uneingeschränkte Geltung des Rechts der Eltern auf

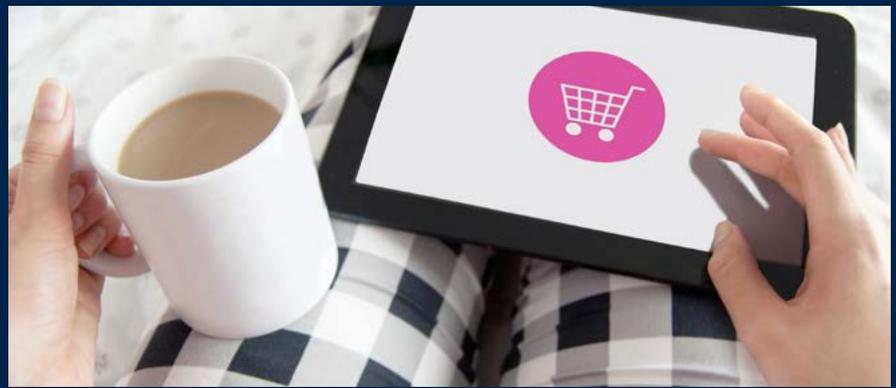
Erziehung ihrer Kinder, das vor allem ein Abwehrrecht gegenüber staatlicher Bevormundung und Einmischung beinhaltet. Es war deshalb von vorneherein unser Ziel, dieses sorgsam austarierte Dreiecksverhältnis von Eltern, Kind und Staat unverändert zu bewahren. Der gefundene Kompromiss lautet: **Artikel 6 Absatz 2 Grundgesetz** (neue Formulierung in Fettdruck hervorgehoben):

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft. **Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf**

**Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.**“ Ein explizites Kindergrundrecht sollte nach unserem Verständnis vor allem den Belangen der Kinder und der Familien in der Abwägung mit anderen politischen Zielen und in den politischen Entscheidungen auf allen Ebenen mehr Sichtbarkeit verschaffen, damit es bei wichtigen politischen Entscheidungen die ihm gebührende Aufmerksamkeit und Berücksichtigung erhält.

## Ziel des GWB-Digitalisierungsgesetzes ist die Regulierung digitaler Plattformen

Das wichtigste Ziel des GWB-Digitalisierungsgesetzes ist die Regulierung digitaler Plattformen, indem sie an faire Spielregeln gebunden werden. Verhindert wird damit das Ausnutzen der eigenen Marktposition, um Wettbewerber und den Verbraucher missbräuchlich auszunutzen. Verschärft wird die Aufsicht des Bundeskartellamtes über digitale Plattformen, die besonders großen Einfluss auf den Wettbewerb haben. Durch die Erleichterung von Kooperation und Fusion wird auch der Mittelstand in Deutschland gestärkt. Besonderen Wert wird aber auch auf genügend Spielraum für die Wirtschaft gelegt, damit die Innovationskraft der digitalen Plattformen erhalten bleibt. Der Grundpfeiler einer funktionierenden Wirtschaft ist ein fairer Wettbewerb, der Innovationen hervorbringt, Monopolbildung verhindert, neuen Unternehmen eine Chance gibt und Machtmissbrauch vorbeugt. Mit der 10. GWB-Novelle ist Deutschland daher internationaler Vorreiter im Punkt Regulierung digitaler Märkte.



## Soziale Digitale Marktwirtschaft schaffen, 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beschlossen

Die Digitalisierung macht auch vor der Wettbewerbspolitik nicht halt. Das bringt neue Herausforderungen: Nicht nur Daten gewinnen zunehmend an Wert, auch eine Konzentrierung des Marktes, eine Monopolbildung lässt sich im digitalen Sektor feststellen. Betreiber von Plattformen, die Nutzerdaten sammeln und auswerten, stärken damit ihre eigene Marktposition und hindern mit solchen nicht-wettbewerblchen Mitteln die Innovationen neuer Anbieter. Die Union hat daher eine Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) eingebracht, die jetzt vom Bundestag beschlossen wurde.



## Rede zum Ernährungspolitischen Bericht

Am 14. Januar 2021 stellte die Bundesregierung ihren aktuellen Ernährungspolitischen Bericht im Deutschen Bundestag vor. Der Bericht betrachtet einen Zeitraum von Juni 2016 bis März 2020 – also bis kurz vor dem Lockdown.

Eines der zentralen Ergebnisse ist das Gewichtsproblem in Deutschland. Jeder zweite Erwachsene in Deutschland ist übergewichtig oder adipös. Und auch Kinder und Jugendliche sind von dieser Entwicklung betroffen. Dementsprechend nimmt gerade in Zeiten von Corona das Thema Ernährung eine immer wichtigere Rolle ein.

In seiner Rede zum Ernährungspolitischen Bericht der Bundesregierung stellt Artur Auernhammer MdB nochmals klar, dass die Corona-



pandemie das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Bevölkerung verändert hat. Geschlossene Sportvereine, geschlossene Schwimmhallen und geschlossene Skigebiete führen zu weniger Bewegung und zu weniger sportlichen Aktivitäten. Zusammen mit einer falschen Ernährung gefährdet das die Gesundheit der Bevölkerung. Das zeigt ganz deutlich, dass Ernährungskompetenz, Ernährungsbildung und Ernährungsaufklärung noch nie so gefragt gewesen sind wie heute.

Doch beim Thema Ernährung führt kein Weg an der Produktion der Lebensmittel vorbei. Deutschland ist in der Lage, die gesündesten Lebensmittel weltweit zu produzieren. Deshalb muss man auch der Landwirtschaft, den Bäuerinnen und Bauern danken, dass sie die Bürgerinnen und Bürger jeden Tag mit gesunden Lebensmitteln versorgen.



Foto: Stageview - Pedro Becerra

## #Richtung21 – starker Jahresauftakt in Berlin

Statt der Tradition zu folgen und sich für den Jahresauftakt in Bayern zu treffen, fand die diesjährige Klausurtagung der CSU im Bundestag in Berlin statt.

Per Video zugeschaltet waren auch hochkarätige Gäste wie Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Präsident der Bundesbank Jens Weidmann und die Chefin der UN-Klimakonvention Patricia Espinosa.

### CSU Klausurtagung in Berlin

„Diese Klausurtagung war anders. Statt sich in Seeon zu treffen, waren wir in Berlin. Statt geselliges Beisammensein war Abstand halten angesagt. Doch wie bei jeder Klausurtagung haben wir hart gearbeitet, viel diskutiert und starke Beschlüsse gefasst. Wir werfen einen Blick nach vorne, denn 2021 muss das Jahr sein, in dem wir Corona hinter uns lassen“, erklärt Artur Auernhammer MdB.

Die CSU im Bundestag hat sechs klare Beschlusspapiere verabschiedet:

- ▶ Für mehr Sicherheit
- ▶ Für ein Jahrzehnt der digitalen Innovation
- ▶ Für eine starke Bundeswehr
- ▶ Für bessere Bildung.
- ▶ Für eine Wachstumsagenda
- ▶ Für Chancen für alle

Mit neuen Ideen, starken Entlastungen und gezielte Förderung wird das neue Jahr mutig gestaltet.

[Alle Papiere finden Sie hier](#)



### Armin Laschet – neuer CDU-Parteivorsitzende

Am 16. Januar 2021 wurde Armin Laschet zum Nachfolger von Annegret Kramp-Karrenbauer als Parteivorsitzender der Christlich-Demokratischen-Union gewählt. Von den 1001 Delegierten der CDU stimmten im zweiten Wahlgang 52 Prozent per Onlinewahl für Laschet.

Artur Auernhammer MdB gratulierte dem neuen Parteivorsitzenden der CDU zu seinem Wahlsieg: „Herrn Laschet möchte ich herzlich zu seiner Wahl und zu seiner neuen Aufgabe gratulieren. Er hat bereits als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen bewiesen, dass er Führungsstärke und Kompetenz besitzt. Nun geht es darum, dass er als Parteivorsitzender die CDU eint und für die bevorstehenden Wahlen stärkt. Auf alle Fälle freue ich mich auf die Zusammenarbeit.“

Foto: CDU / Laurence Chaperon



# 2021: Weniger Steuern, mehr Geld für alle!

Zum Jahreswechsel ist eine Vielzahl steuerlicher Maßnahmen in Kraft getreten. Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass alle Steuerpflichtigen in 2021 spürbar entlastet werden.

## Was ändert sich für Soli-Zahler?

Keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen Steuerpflichtige, bei denen unter Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen eine jährlich zu zahlende Lohn- oder Einkommensteuer unter 16.956 Euro beziehungsweise 33.912 Euro (Einzel-/Zusammenveranlagung) festzusetzen wäre. Liegt die Lohn- oder Einkommensteuer darüber, dann wird bis zu einer Steuer in Höhe von 31.527 Euro (Alleinstehende) beziehungsweise 63.054 Euro (Verheiratete) weniger Solidaritätszuschlag erhoben. Liegt die festzusetzende Lohn- oder Einkommensteuer über diesem Betrag, dann ist der Solidaritätszuschlag in voller Höhe zu zahlen. Im Ergebnis fällt der Solidaritätszuschlag ab Januar 2021 für 90 Prozent aller bisherigen Soli-Zahler komplett weg. Weitere 6,5 Prozent der Steuerzahler zahlen zukünftig weniger Solidaritätszuschlag. Nur 3,5 Prozent der Steuerzahler müssen weiterhin den vollen Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent der Einkommensteuer zahlen. Konkret bedeutet dies: Singles zahlen bis zu einem Bruttogehalt von 73.000 Euro und Eheleute mit zwei Kindern bis zum einem Bruttogehalt von 151.000 Euro seit dem 1. Januar 2021 keinen Solidaritätszuschlag mehr.

## Was ändert sich für Familien mit Kindern?

Zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode haben wir das Kindergeld erhöht. Zum 1. Juli 2019 stieg das Kindergeld um zehn Euro. Zum 1. Januar 2021 wurde das Kindergeld um weitere 15 Euro erhöht. Für das erste und zweite Kind werden 219 Euro Kindergeld gezahlt, für das dritte 225 Euro und ab dem vierten Kind 250 Euro pro Monat. Gleichzeitig steigt auch der Kinderfreibetrag um mehr als 500 Euro auf nun 8.388 Euro.

Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde schon für 2020 mehr als verdoppelt. Er steigt dauerhaft von 1.908 Euro auf 4.008 Euro und gilt auch in diesem und den nächsten Jahren fort. Dadurch tragen wir der besonderen Situation Alleinerziehender Rechnung.



## Was ändert sich für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen?

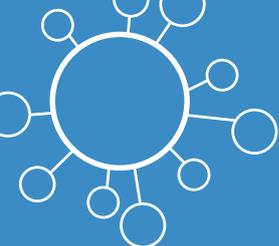
Der Betrag bei einem Grad der Behinderung von beispielsweise 50 Prozent steigt auf 1.140 Euro, bei 100 Prozent auf 2.840 Euro. Auch wird eine Pauschale künftig bereits bei einem Grad der Behinderung von 20 Prozent gewährt. Die Erhöhung und Ausweitung soll in vielen Fällen den aufwändigen Einzelnachweis von Aufwendungen vermeiden.

Behinderungsbedingte Fahrtkosten können jetzt auch über eine Pauschalierungsregelung ausgeglichen werden. Bei einem Grad der Behinderung von weniger als 50 Prozent soll künftig auf die zusätzlichen Anspruchsvoraussetzungen zur Gewährung des Pauschbetrags verzichtet werden. Das bedeutet weniger Bürokratie für alle Betroffenen.

Auch der Pflegepauschbetrag wurde fast verdoppelt. Er steigt von 924 Euro im Jahr auf 1.800 Euro. Zudem wird ein neuer Pauschbetrag bei der Pflege von Personen mit den Pflegegraden 2 und 3 eingeführt.

Hier entlang zu allen Fakten!





# Aktuelle Corona-Maßnahmen in Bayern

Der Lockdown wird zunächst bis zum 14. Februar verlängert.

## FFP2-Maskenpflicht seit 18. Januar 2021

- Alle Personen ab 15 Jahren müssen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und beim Einkaufen eine FFP2-Maske tragen. Auch in Gottesdiensten in Bayern müssen Besucher eine FFP2-Maske tragen. Diese schützt nicht nur das Umfeld, sondern auch den Träger selbst vor dem Coronavirus.

## Kontaktbeschränkungen

- Der gemeinsame Aufenthalt im öffentlichen Raum, in privat genutzten Räumen und auf privat genutzten Grundstücken ist nur mit den Angehörigen desselben Hausstands und einer weiteren Person möglich. Die zu diesen Hausständen gehörenden Kinder bis einschließlich drei Jahren bleiben für die Gesamtzahl außer Betracht.

## 15-Kilometer-Regel in Hotspots

- Bewohner von Kreisen und Städten mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 200 dürfen keine Tagesausflüge über einen Umkreis von 15 Kilometern hinaus mehr machen.

## Ausgangssperre

- Seit dem 16. Dezember 2020 von 21 Uhr bis 5 Uhr morgens ist der Aufenthalt außerhalb der Wohnung nunmehr untersagt, es sei denn, dies ist begründet unter anderem auf einen (veterinär-)medizinischen Notfall oder andere medizinisch unaufschiebbarer Behandlungen, der Ausübung beruflicher oder dienstlicher Tätigkeiten oder unaufschiebbarer Ausbildungszwecke oder der Wahrnehmung des Sorge- und Umgangsrechts. Zu den Gründen zählen auch die unaufschiebbare Betreuung unterstützungsbedürftiger Personen und Minderjähriger, die Begleitung Sterbender, Handlungen zur Versorgung von Tieren oder ähnlich gewichtige und unabweisbare Gründe.

ES GIBT GUTE NACHRICHTEN  
FÜR DIE ELTERN IN BAYERN

## Mund-Nasen-Bedeckung

- Wo immer möglich, ist ein Mindestabstand zwischen zwei Personen von 1,5 Metern einzuhalten. Ist dies nicht möglich, besteht die Maskenpflicht. Es besteht zudem eine erweiterte Maskenpflicht unter anderem auf stark frequentierten öffentlichen Plätzen und auf den Begegnungs- und Verkehrsflächen der Arbeitsstätte.

## Gastronomie und Beherbergung

- In der Gastronomie sind weiterhin nur die Abgabe und Lieferung mitnahmefähiger Speisen und Getränke zulässig.
- Alle sollen auf nicht notwendige private Reisen verzichten. Das bezieht sich auch auf Reisen im Inland und auf überregionale tagestouristische Ausflüge. Beherbergungsbetriebe dürfen nur noch Geschäftsreisende aufnehmen, jedoch keine Touristen.

## Weite Teile des Einzelhandels bleiben geschlossen

### Kindertagesstätten, Schüler der Stufen 1 bis 6, Förderschüler und Kinder mit Behinderungen

- Hier gibt es eine Notbetreuung für diejenigen, die es brauchen.

- Wer seine Kinder nicht oder nur für wenige Stunden in die Notbetreuung schickt, bekommt für die Monate Januar und Februar die Kitagebühren erstattet, teilte Ministerpräsident Markus Söder mit. Es sollen 70 Prozent durch den Freistaat und 30 Prozent durch die Kommunen übernommen werden.

## Schulen bleiben geschlossen

- Schulen bleiben weiter im Distanzunterricht. Für Abiturienten, die in diesem Jahr vor den Abschlussprüfungen stehen, kann vom 1. Februar an Wechselunterricht stattfinden, wenn es das Infektionsgeschehen zulässt. Gleiches gilt für Schüler an beruflichen Schulen.

## Markt Weidenbach wurde nun für die Mitwirkung im Bundesprogramm ausgewählt

Der Markt Weidenbach wurde nun für die Mitwirkung im Bundesprogramm ausgewählt. In dem Förderzeitraum vom 1.1.2021 bis 31.12.2023 wird der Träger für den Auf- und Ausbau einer regionalen Netzwerkstruktur mit insgesamt 30.000 Euro unterstützt.

Willi Albrecht, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Weidenbach, freut sich sehr über die Unterstützung: „Nicht zuletzt ist die Aufnahme des Marktes Weidenbach in das Projekt die Anerkennung für die sehr gute Arbeit, die über Jahre hinweg durch unsere Mitarbeiter und Ehrenamtlichen in unserem Mehrgenerationenhaus geleistet wird.“

„Unter aktiver Beteiligung der Kommunen wie der Marktgemeinde Weidenbach gilt es, gemeinsame lokale Netzwerke aufzubauen und vorhandene weiterzuentwickeln. So kann Teilhabe ermöglicht werden“, so der Bundestagsabgeordnete Artur Auernhammer.



## Markt Weidenbach erhält Bundesförderung aus der nationalen Demenzstrategie

Derzeit leben in Deutschland 1,6 Millionen Menschen mit Demenz. Wie die meisten Menschen wollen sie so lange wie möglich selbstbestimmt und selbstständig in ihrem vertrauten Umfeld leben und alt werden. Damit Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen Teil unserer Gesellschaft bleiben und auf unverzichtbare lokale Hilfs- und Unterstützungsangebote zurückgreifen können, wurde die Gründung „Lokaler Allianzen für Menschen mit Demenz“ in ganz Deutschland durch das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend unterstützt. Das Bundesprogramm wurde nun im Rahmen der nationalen Demenzstrategie neu aufgelegt.



## PFC-Verunreinigung: Schadensregulierung durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben muss gewährleistet sein

Die Stadt Ansbach beschäftigt sich bereits seit längerer Zeit mit der PFC-Verseuchung der US-Kaserne Katterbach. Es ist davon auszugehen, dass auch außerhalb der Kaserne Verschmutzungen des Grundwassers vorliegen. Deshalb wurden Messstellen eingerichtet. Diese Kosten werden von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als zuständiger Schadensregulierungsbehörde bisher übernommen, allerdings unter dem Vorbehalt einer möglichen Rückzahlung. Diese Rechtsunsicherheit ist für die Stadt Ansbach nicht hinnehmbar. Oberbürgermeister Thomas Deffner bat Artur Auernhammer deshalb um Unterstützung. Gerne unterstützt der zuständige Bundestagsabgeordnete das Anliegen der Stadt Ansbach und setzte sich in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Olaf Scholz dafür ein, diese Rechtsunsicherheit zu beenden und die Zahlungspflicht der Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt anzuerkennen.

„Die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist uns sehr wichtig. Deshalb ist mir sehr daran gelegen, die Untersuchungen sowie die Beseitigung der Schäden zügig voranzutreiben, ohne dass die Stadt Ansbach in einem Zustand der Rechtsunsicherheit bleibt. Die Kosten der Maßnahmen müssen vom Bund voll übernommen werden!“, so der Abgeordnete.



Fotos: Stefan Horndasch

# Erfolgreiches Neujahrseminar der

...JU Ansbach/Land

Aufgrund der Corona-Krise konnte das traditionelle Neujahrseminar des JU Kreisverbandes Ansbach/Land leider nicht wie gewohnt in Präsenzform in Aichau bei Feuchtwangen stattfinden. Aus diesem Grunde wurde die diesjährige Auflage online abgehalten. Das Programm konnte sich trotz veränderter Bedingungen sehen lassen. Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer schaltete sich zu einer Diskussion nebst Weinprobe zu. Diese wurde vom Weingut Blumenstock aus Neustett bei Adelshofen gestaltet. Die Teilnehmer konnten sich hier von der hohen Qualität der Weine aus dem Landkreis Ansbach überzeugen. Auch die Tauberzeller Weinprinzessin Theresa war online mit dabei. Als weinbaupolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion bat Auernhammer die Anwesenden um Unterstützung für die heimischen fränkischen Winzer. Im Anschluss folgte eine Diskussion zu aktuellen politischen Themen. Besonders im Fokus standen die Corona-Maßnahmen und die diesjährigen Bundestagswahlen.



## SONNIGE WINTERGRÜSSE AUS DER HEIMAT!



### So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag  
Artur Auernhammer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030.227-78797  
Artur.Auernhammer@bundestag.de

[www.artur-auernhammer.de](http://www.artur-auernhammer.de)

Mehr unter  

### Aktuelle Publikation im Download

Bundesministerium für Ernährung  
und Landwirtschaft

CDU / CSU Fraktion im Deutschen  
Bundestag

Bestellservice des Deutschen  
Bundestages

Fotos: Tobias Koch, Pixaby, Adobe Stock-  
photo und Privat